

KLIMADIPLOMATIE IM JAHR 2021 KONTEXT, FORTSCHRITTE UND LESSONS LEARNED

JENNIFER TOLLMANN UND JULE KÖNNEKE¹

Zentrale Ergebnisse im Überblick

- Die enge Abstimmung zwischen der britischen G7-Präsidentschaft, der italienischen G20-Präsidentschaft und der britisch-italienischen COP26-Präsidentschaft sowie die britisch-italienischen Anstrengungen im Vorfeld der COP haben wesentlich dazu beigetragen, dass diese Formate produktiv aufeinander aufbauen konnten. So konnte die zentrale Bedeutung des 1,5°C-Ziels gestärkt und folgende Ergebnisse erzielt werden:
 - > Die G7-Staaten haben sich geschlossen zur Klimaneutralität und einem Ende der internationalen Kohlefinanzierung im Jahr 2022 verpflichtet.
 - > Die G20-Staaten haben sich verpflichtet, in den 2020er Jahren weitere Maßnahmen zu ergreifen, und ihre national festgelegten Beiträge für 2030 falls nötig zu erhöhen.
 - > der **Glasgow-Pakt** ebnet den Weg für eine Beschleunigung der Klimaschutzanstrengungen – durch die Vereinbarung von Verfahren, mit denen das globale Anpassungsziel ausgearbeitet wird, durch einen Dialog über Unterstützung bei Verlusten und Schäden und einen jährlich stattfindenden runden Tisch auf ministerieller Ebene für die Zeit vor 2030. Parteien, die bislang keine langfristigen Strategien für einen gerechten Übergang zu Netto-Null-Emissionen vorgelegt haben, wurden dazu aufgefordert. Alle Parteien wurden aufgefordert, ihre Bemühungen, um den schrittweisen Ausstieg aus der ungebremsten Kohleverstromung, und die Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe zu beschleunigen und ihre Ziele für 2030 zu überprüfen und gegebenenfalls

¹ Catherine Abreu, Camilla Bausch, Anthony Cox, Tom Evans, Benjamin Görlach, Marianne Lotz, Leon Martini, Viviane Raddatz und Alex Scott haben wertvolle Beiträge zu diesem Dokument geleistet. Ferner sind Ergebnisse der informellen „G7-Expert:innenrunde“ eingeflossen.

zu erhöhen, um bis Ende 2022 eine Ausrichtung auf das Temperaturziel des Pariser Abkommens zu erreichen.

- 2021 hat Klima sich erneut als ein Thema erwiesen, das auch in Krisenzeiten Zusammenarbeit ermöglicht. Die geopolitischen Verhältnisse werden jedoch auch im Jahr 2022 unbeständig bleiben.
- **Der Klimapakt von Glasgow ebnet den Weg für ein höheres Tempo der Klimaschutzmaßnahmen. Jedoch wurde auf der COP26 deutlich, dass viele Schwellenländer hinsichtlich der Transformationsgeschwindigkeit und -finanzierung vorsichtig bleiben.** Bis 2022 müssen glaubwürdige Antworten auf die Frage nach erschwinglichen Mitteln für ländergeführte Maßnahmen gefunden werden, die nach dem Modell der südafrikanischen „Just Energy Transition Partnership“ gestaltet sind – ein Test für die Glaubwürdigkeit der G7 und eine Chance für die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd (-Süd).
- **Für die notwendigen internationalen Strukturreformen (Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, multilaterale Entwicklungsbanken, IWF) sind stärkere Koalitionen erforderlich, um Investitionen in Klimamaßnahmen und insbesondere in Klimaresilienz fest zu verankern.**
- **Keine Region bleibt von klimabedingten Katastrophen und extremen Wetterereignissen verschont. Angesichts dessen rücken die Auswirkungen des Klimawandels ins Zentrum der internationalen Gespräche.** 2021 wurde jedoch auch deutlich, dass weder die (geo-)politischen internationalen Systeme (z. B. der UN-Sicherheitsrat) noch das internationale Wirtschaftssystem (einschließlich der Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen oder des IWF) schon für Aufgaben geeignet sind, die sich in einer stark vom Klimawandel betroffenen Welt stellen.
- **2021 haben einige Länder ihre Bemühungen fortgesetzt, „Koalitionen der Willigen“ für sektorale Verpflichtungen ins Leben zu rufen und auszuweiten.** Die COP26 zeigte jedoch, dass deutlich klarere Mechanismen für Transparenz, Nachverfolgung und Rechenschaftspflicht erforderlich sind. Zu den wichtigsten Aufgaben für 2022 gehören der Übergang von Ankündigungen zur konkreten Umsetzung. Außerdem muss die Frage geklärt werden, in welchen Bereichen die sektoralen Verpflichtungen bis 2030 zu weiteren Maßnahmen führen können.
- **Die G7 als Format steht unter aufmerksamer Beobachtung** – sie bleibt ein Format mit starker Signalwirkung, wird jedoch sowohl an der glaubwürdigen auf nationalstaatlicher Ebene sowie an ihrer Fähigkeit gemessen werden, ihre Verpflichtungen auf die gesamte G20 auszuweiten. Dafür sind eine weitgehende



E3G

Abstimmung mit der indonesischen G20, Solidarität mit Ländern mit niedrigerem Einkommen und die Erfüllung von Zusagen erforderlich.

Inhaltsverzeichnis

Zentrale Ergebnisse im Überblick.....	1
Verschiebung der geopolitischen Realitäten in 2021	3
Fortschritte in der Klimadiplomatie im Jahr 2021.....	6
<i>Die G7 und die G20</i>	6
<i>COP26 - Der Klimapakt von Glasgow</i>	7
Lessons learned	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Next Steps 2022: wichtigste Chancen und Risiken	11
<i>Copyright</i>	14

Verschiebung der geopolitischen Realitäten in 2021

2021 war trotz der Wahl von US-Präsident Biden weiterhin von **geopolitischen Spannungen** geprägt, insbesondere zwischen den USA, China und den indopazifischen Partnern. 2021 führte die anhaltende COVID-19-Pandemie zu einer Verschärfung der globalen Ungleichheiten: durch ungleiche wirtschaftliche Erholung und ungleichen Zugang zu Impfstoffen und erschwinglichem Kapital für Investitionen in den Wiederaufbau.

Die zunehmend gravierenden Folgen des Klimawandels sind weltweit sichtbar. In Kalifornien, Griechenland, der Türkei und in Sibirien kam es zu großen Waldbränden. Schwere Regenfälle und Überschwemmungen verursachten in Deutschland, China, Kanada und den USA massive wirtschaftliche Schäden und kosteten hunderte Menschenleben. Länder und Gemeinschaften auf der ganzen Welt leiden verstärkt an klimabedingten Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen und Dürren. Die reicheren Länder haben erkannt, dass Maßnahmen zur Anpassung und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit ausgebaut werden müssen und haben **umfangreiche Hilfspakete für den Wiederaufbau betroffener Regionen geschnürt.** **In den meisten kleinen Inselstaaten und in den am wenigsten entwickelten Ländern verschärfen die Klimaauswirkungen jedoch die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise,** indem sie die Schuldenlast in die Höhe treiben und die kommunale, gesellschaftliche und finanzielle Widerstandsfähigkeit belasten.

Positive Entwicklungen:

- **2021 hat sich Klima als ein Thema verfestigt, das auf Ebene der Staats- und Regierungschefs bedeutungsvoll ist.** Während die Beziehungen zwischen den

USA, der EU und China zunehmend angespannt und gekennzeichnet waren von Sanktionen, menschenrechtlichen Fragen und zunehmenden geopolitischen und verteidigungspolitischen Spannungen im indopazifischen Raum, blieb Klima ein Thema, für das sich Staaten beständig weiter engagierten, und – bei übereinstimmenden Interessen – zusammenarbeiteten. Auch wenn sich die USA und China im Vorfeld der COP gegenseitig die Schuld zuwiesen, zeigte die gemeinsame Erklärung beider Länder in den letzten Tagen der COP26, dass sie zwar nicht die treibenden Kräfte für ambitionierte Ziele sein werden, jedoch bereit sind, dafür zu sorgen, dass ihre Spannungen die internationalen Verhandlungen nicht entgleisen lassen. Ihre Staats- und Regierungschefs machten deutlich, dass sie sich für eine Transformation ihrer jeweiligen Länder einsetzen werden.

- **Auch auf Ebene der Staats- und Regierungschefs der G7 und der G20 war Klimaschutz ein wichtiges Thema.** Durch die abgestimmte Führung Italiens und Großbritanniens bei der G7, G20 und COP26 konnten diese Formate aufeinander aufbauen, so dass sich die G20 mehrheitlich zu Klimaneutralität und die COP26 zum schrittweisen Abbau der Kohleverstromung verpflichtete. Damit war der Weg für einen Konsens geebnet, den Klimapakt von Glasgow, der die Klimaschutzanstrengungen in den frühen 2020er Jahren beschleunigen könnte, sofern die großen Emittenten unter den G20 sich hierfür engagieren. Problematische Entwicklungen:
- Die unzureichende internationale Umsetzung der insbesondere auf dem **G7-Gipfel im Juni** zugesagten Hilfen bei Impfstoffen hat dazu geführt, dass die meisten Impfprogramme in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen entweder zu langsam vorankommen oder gar nicht existieren. Durch den weit verbreiteten „Impfstoff-Nationalismus“ fehlt ein wirksamer multilateraler Ansatz. Die dadurch entstehende Lücke haben Russland und China gefüllt und ihren geopolitischen Einfluss, insbesondere in **Afrika** gestärkt. Auf der UN-Generalversammlung im September **verpflichteten sich die USA und die EU, innerhalb eines Jahres 70 % der Weltbevölkerung zu impfen.** Diese Umsetzung dessen liegt in weiter Ferne, sodass Kritiker von einer „Impfstoff-Apartheid“ sprechen - insbesondere angesichts der jüngsten Bedrohung durch die zunehmende Verbreitung der Omikron-Variante.
- Die COVID-19- und die Klimakrise haben offengelegt, dass **die internationalen entwicklungspolitischen Finanzinstitutionen noch nicht in angemessen der Lage sind**, in Widerstandsfähigkeit zu investieren. Die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselstaaten sind von den kombinierten sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie und der klimabedingten



E3G

Extremwetterereignisse besonders betroffen. Das trägt zu weiteren Spannungen bei und vergrößert das, unter anderem auf zunehmender Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern basierende, Vertrauensdefizit. Durch Rezessionen und eine zunehmende fiskalische Instabilität ist **erschwingliches Kapital für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach wie vor nur schwer zugänglich**.

- Die Nicht-Einhaltung der auf dem UN-Gipfel in Kopenhagen zugesagten jährlich zu zahlenden 100-Milliarden-Dollar für Klimaschutzfinanzierung ist ein Symbol für ein breiteres diplomatisches Vertrauensdefizit und hat den Aufbau positiver Beziehungen im Vorfeld der COP26 erschwert. Im Jahr 2022 wird die Umsetzung dieser Verpflichtung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Parallel dazu müssen die anstehenden Gespräche über das Finanzierungsziel nach 2025 ausgewogen sein hinsichtlich Finanzierungsquellen und -umfang der Finanzierung, einer möglichen Umstellung auf bedarfsorientierte Finanzierung und der Berücksichtigung von Bedenken hinsichtlich der Aufnahmekapazität. Voraussetzung für diese Gespräche ist Vertrauen – zwischen den G7- und den G20-Staaten, aber auch den kleinen Inselstaaten, den am wenigsten entwickelten Ländern und den G77-Staaten. Das ist – vor allem auf Seiten der kleinen Inselstaaten und der am wenigsten entwickelten Länder – jedoch nach wie geschädigt. Nicht zuletzt, weil das Ergebnis der COP26 auf einem Kompromiss beruhte, für den die besonders vom Klimawandel gefährdeten Länder ihre Forderungen zur Finanzierung von Schäden und Verlusten zugunsten eines Konsenses zurückhielten.
- **Die diplomatischen Beziehungen zwischen wichtigen G7-Akteuren waren häufig angespannt.** Die durch den Brexit weiterhin belasteten Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU erschwerten die Fortsetzung einer abgestimmten und kooperativen Klimadiplomatie, insbesondere auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Auch die transatlantischen Beziehungen standen trotz des Wechsels in der US-Regierung weiterhin unter Spannungen, insbesondere durch das überraschende Verteidigungs- und Sicherheitsbündnis AUKUS (Australien-UK-USA), das in den USA, der EU und vor allem in Frankreich zu erheblichen diplomatischen Verstimmungen führte. Die Zweifel an der Verlässlichkeit der US-Partnerschaften in Europa könnten sich noch verstärken, wenn die USA im Vorfeld der entscheidenden Zwischenwahlen im November 2022 ihre Aufmerksamkeit weitgehend ins Inland richten. Zusätzliche Reibungen in den transatlantischen Beziehungen entstanden durch unterschiedliche Ansätze – vor allem der USA, Frankreichs und Deutschlands – im Umgang mit China.

Fortschritte in der Klimadiplomatie im Jahr 2021

Aus den zahlreichen Ergebnissen der Klimadiplomatie und der Vielzahl der in 2021 angestoßenen Initiativen ergibt sich eine lange To-do-Liste an Folgemaßnahmen für 2022. Welche Prozesse aufrechterhalten und finanziert werden ist entscheidend.

Die G7 und die G20

2021 haben der **G7-** und der **G20-Gipfel** wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diese Foren 2022 Maßnahmen weiter voranbringen. Zu nennen sind insbesondere:

- > **Mit der Verpflichtung aller G7-Staaten und der meisten G20-Staaten zu Klimaneutralitätspfadern bewegen sich wichtige Volkswirtschaften und Märkte in Richtung Klimaneutralität.** Hinzu kommt, dass die traditionell konservative Internationale Energieagentur (IEA) in ihrem jährlichen „World Energy Outlook“ den Netto-Null-Pfad in den Mittelpunkt stellte. Mit einer gemeinsamen Marschrichtung nahmen die G7-Staaten Gespräche über abgestimmte sektorale Pfade auf. Schwierig bleiben jedoch weiterhin konsistente umfassendere Netto-Null-Verpflichtungen der G20, zu denen konkrete, glaubwürdige, kurzfristige Ziele und Umsetzungspfade gehören.
- > **Ende der internationalen Kohlefinanzierung, jedoch weniger Klarheit bei nationalen Maßnahmen:** Die G7 verpflichteten sich, „neue direkte Regierungshilfen für die ungebremste internationale Kohleverstromung bis Ende 2021“ zu beenden, legten sich jedoch nicht auf konkrete nationale Maßnahmen fest, sondern beließen es bei der Feststellung, dass „Investitionen in ungebremste Kohleverstromung jetzt aufhören müssen.“ Die G20-Staaten bekräftigten das Ende der internationalen Kohlefinanzierung und verpflichteten sich zu einem „Ende von internationalen öffentlichen Investitionen in die neue ungebremste Kohleverstromung im Ausland bis Ende 2021“.
- > **Weiterhin Druck, die Subventionen für fossile Brennstoffe zu beenden, aber immer noch viel Spielraum:** Die G7-Länder verpflichteten sich, „neue direkte staatliche Unterstützung für kohlenstoffintensive Energie aus fossilen Brennstoffen weltweit auslaufen zu lassen, außer unter bestimmten Bedingungen im Ermessen des jeweiligen Landes und auf eine Weise, die mit einem ehrgeizigen, klar definierten Pfad zur Klimaneutralität vereinbar ist, um das 1,5°C-Ziel in Reichweite zu halten“, während die G20 sich verpflichteten, die „Bemühungen zur Umsetzung der 2009 in Pittsburgh eingegangenen Verpflichtung zu verstärken, ineffiziente Subventionen für fossile Brennstoffe mittelfristig zu begrenzen und abzubauen“.

-
- > **Die G7- und die G20-Staaten betonten ihr gemeinsames Ziel, das 1,5°C-Ziel in Reichweite zu halten:** Die G7-Staaten haben sich geschlossen verpflichtet, „die Ziele für 2030 mit dem Ziel in Übereinstimmung zu bringen, Netto-Null-Emissionen so bald wie möglich und spätestens bis 2050 zu erreichen“. Die G20-Staaten haben die zentrale Bedeutung des „Erreichens von weltweiter Treibhausgasneutralität oder CO₂-Neutralität bis zur oder um die Jahrhundertmitte“ anerkannt und sich verpflichtet, in den 2020er Jahren weitere Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich „falls nötig“ ambitionierterer Klimapläne für 2030“. In den Bereichen Klimaschutzfinanzierung, Anpassung, Verluste und Schäden sowie einer breiteren Mobilisierung finanzieller Mittel für die globale Transformation hin zu Klimaneutralität blieben Engagement und Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück – eine Herausforderung für die G7- und G20-Präsidentschaften im kommenden Jahr.
 - > **Die G7 kündigten die Initiative „Build Back Better for the World“ (B3W) an,** mit der eine G7-Sherpa-Taskforce für die Finanzierung nachhaltiger Infrastrukturen eingerichtet werden soll. Einzelheiten zu Umsetzungsplattformen, Umfang und Finanzierungsquellen sind jedoch noch ungeklärt.

COP26 - Der Klimapakt von Glasgow

Auf der COP26 wurden die Verhandlungen über das Regelbuch zum Pariser Abkommen abgeschlossen und der **Klimapakt von Glasgow** verabschiedet, der einen beschleunigten Zeitplan für Maßnahmen und weitere Entscheidungen im Jahr 2022 für alle Elemente des Pariser Abkommens vorsieht. Neben der globalen Bestandsaufnahme, die 2021 beginnt, leitet der Klimapakt von Glasgow einige neue Arbeitsprogramme ein - zu den Themen Ambitionen und Umsetzung vor 2030, Verluste und Schäden, Klimafinanzierung nach 2025 und das globale Anpassungsziel. Alle müssen bis zur COP27 vorgebracht sein. Folgende Ergebnisse wurden u.a. in Glasgow erzielt:

- > **Ein Konsens darüber, dass in den 2020er Jahren mehr Maßnahmen von allen Ländern unabdingbar sind, und die Aufforderung an alle Länder, bis zur COP27 ehrgeizigere langfristige und 2030-Ziele vorzulegen,** die mit dem Temperaturziel des Pariser Abkommens in Einklang stehen. Größere Hindernisse bestehen weiterhin im Zusammenhang mit der Finanzierung der Transformation („shifting the trillions“) und mit der wachsenden Skepsis darüber, dass weniger ambitionierte Ländern (Australien) und Schwellenländer (insbesondere China und Indien) bereit, bzw. fähig sind, mehr zu tun.
- > Mit dem unterzeichneten **Statement on International Public Support for the Clean Energy Transition** gingen einige Länder auf der COP26 – darunter Kanada,

Deutschland, Großbritannien, Italien und die USA – über die Verpflichtung der G7 hinaus, die öffentliche Finanzierung der internationalen „kohlenstoff-intensiven Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen“ so schnell wie möglich auslaufen zu lassen. Die Erklärung wurde von Industrie- und von Entwicklungsländern unterzeichnet, die sich damit verpflichteten, „neue direkte staatliche Subventionen für die ungebremste internationale Kohleverstromung bis Ende 2022 einzustellen“. Neben dieser Erklärung signalisierte die Gründung der **Beyond Oil and Gas Alliance**, dass neue Öl- und Gasinfrastrukturen international kritisch beobachtet werden.

- > Auf der COP26 wurde ferner ein globaler Konsens über den Ausstieg aus „ineffizienten“ Subventionen für fossile Brennstoffe und den schrittweisen Abbau („phase-down“) der Kohleverstromung erzielt. Die Ankündigung der **Just Energy Transition Partnership**, für die Südafrika 8,5 Milliarden Dollar zugesagt wurden, hat das Potenzial zu einem replizierbaren Modell zu werden.
- > **Die Notwendigkeit, Maßnahmen gegen klimabedingte Verluste und Schäden zu ergreifen, wurde von allen Ländern anerkannt.** Dazu gehört die Erteilung des Mandats zur Einleitung des **Glasgow-Dialogs über die Finanzierung von Verlusten und Schäden mit Beginn im Juni 2022 auf der UNFCCC-Zwischentagung.**
- > **Eine Verpflichtung zur Verdoppelung der globalen Anpassungsfinanzierung** und Festlegen eines Arbeitsprogramms, um das globale Anpassungsziel umzusetzen, das für Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen zu einer Priorität wird.
- > **Verstärkte politische Aufmerksamkeit und Unterstützung der Staats- und Regierungschefs für die Notwendigkeit, Mittel in Billionenhöhe zu mobilisieren.** Dabei erhalten umfangreiche Infrastrukturinitiativen wie „Build Back Better for the World“ (B3W) und „Global Gateway“ (GG) politisches Gewicht durch die USA und Europa, auch wenn bislang keine konkreten finanziellen Zusagen vorliegen. Die Glaubwürdigkeit dieser Initiativen wird in Zukunft davon abhängen, ob eine klare, zusätzliche und wirksame Finanzierung mobilisiert wird.
- > **Steigende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und des UN-Generalsekretärs für Rechenschaftspflicht, Integrität und Weiterverfolgung** in Bezug auf angekündigte sektorale Initiativen und Netto-Null-Verpflichtungen nichtstaatlicher Akteure.
- > **Ein Vorstoß für integrierte Kohlenstoffmarktmechanismen in den G7-Staaten und der UNFCCC, um Doppelzählungen auf allen Märkten – einschließlich Märkten mit freiwilliger Verpflichtung – zu verhindern.**

-
- > **Auf der COP26 wurden 2021 mehrere wichtige sektorale und realwirtschaftliche Verpflichtungen vereinbart**, darunter eine Reihe plurilateraler Koalitionen zur Reduzierung von Methanemissionen, zur Bekämpfung der Entwaldung und zur Abschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren. Dazu gehörten auch die **Glasgow Durchbrüche** zu den Themen Stahl, Wasserstoff, Energie, Fahrzeuge und Landwirtschaft.

Lessons learned

- > **Die enge Abstimmung zwischen dem britischen G7-Vorsitz, dem italienischen G20-Vorsitz und dem britisch-italienischen COP26-Vorsitz war entscheidend.** Sie ermöglichte es, das Jahr Druck in „konzentrischen Kreisen“ aufzubauen und erleichterte die Eskalation prioritärer Themen von der Ebene der Minister auf die Ebene der Regierungschefs - insbesondere des Kohleausstiegs und der Subventionen für fossile Brennstoffe. Abstimmungen zwischen einem deutschen G7-Vorsitz und zwei Vorsitzen des Globalen Südens – der indonesischen G20 und der ägyptischen COP27 – werden wahrscheinlich deutlich schwieriger sein.
- > Die Klima- und Umweltminister:innen der G7-Staaten sind übereingekommen, ihre Politik auf das 1,5°C-Ziel auszurichten. Jedoch nimmt die Skepsis zu, ob diese ihre Verpflichtungen einhalten, da angekündigte Initiativen noch nicht durch eindeutige Umsetzungspläne (z.B. in Bezug auf Impfstoffe) oder Plattformen für die Umsetzung, Nachverfolgung und Berichterstattung (z.B. in Bezug auf Infrastrukturinvestitionen) konkretisiert wurden.
- > Die G7 als Format wird häufig extern instrumentalisiert, um bestehende Nord-Süd-Gefälle aufrechtzuerhalten oder sogar zu verschärfen – insbesondere in Gesprächen über Ressourcen zur Bewältigung der COVID-19- und Klimakrise. **Der CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) der EU und der „Klima-Club“ bergen die Gefahr, die Exklusivität der Transformation zu verstärken**, wenn zu den Anstrengungen diplomatischer Natur (wie die europäische „Green Deal“-Diplomatie), nicht auch finanzielle und praktische Hilfe hinzukommen, um die Partner bei der Beschleunigung ihrer Transformation zu unterstützen. Diese Instrumente drohen ineffektiv und übermäßig protektionistisch zu werden, wenn sie die Entwicklungsbedürfnisse und -rechte der Länder mit niedrigem Einkommen nicht anerkennen und berücksichtigen.
- > **Die G7-Staaten werden nicht nur an glaubwürdiger nationaler Umsetzung gemessen werden, sondern insbesondere an der Einhaltung von Zusagen an Drittländer – an der Bereitstellung von Impfstoffen und konkreten Finanzmitteln für angemessene Infrastrukturplattformen und der konkreten**



E3G

Unterstützung für die Erholung von COVID-19 und Klimaschäden. Die Führungsrolle der G7 erfordert es, diese sehr realen Lücken zu schließen. Der Abbau des Vertrauensdefizits gegenüber den Industrieländern ist entscheidend.

- > **Das Zeitfenster, um glaubwürdig bekunden zu können, 1,5°C in Reichweite zu halten, schließt sich.** Wenn Länder wie China, Indien, Indonesien und Brasilien nicht mehr unternehmen, um ihre Emissionen bis 2030 zu senken, wird die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C zunehmend unrealistisch. Beschleunigte Umsetzung und ambitioniertere Maßnahmen der G20 werden folglich entscheidend sein werden. Es bleibt wichtig, dass die G7-Staaten ihren Worten Taten folgen lassen und nationale Maßnahmen umsetzen. Das allein ist jedoch nicht ausreichend, um die großen Emittenten zur Einhaltung des Glasgow-Pakts zu bewegen. Nach zwei Jahren konzertierter Bemühungen im Vorfeld der COP26 hat sich 2021 gezeigt, dass koordinierte diplomatische Bemühungen in diesem Ambitionszyklus an ihre Grenzen stoßen, solange sie nicht mit konkreten Ressourcen untermauert werden (wie die „Just Energy Transition Partnership“ mit Südafrika). Durch das Füllen dieser Lücke können auch Verbindungen zur indonesischen G20-Präsidentschaft hergestellt werden, die eine „Just Energy Transition“ zu einem Thema höchster Priorität erklärt hat.
- > **Diplomatisches Engagement bleibt wichtig. Gleichzeitig ist unverkennbar, dass neue Ansätze erforderlich sind, um die großen Emittenten (Australien, China und Brasilien) dazu zu bringen in diesem Jahrzehnt mehr zu unternehmen.** China hat keines seiner Ziele für 2030 oder für Netto-Null-Emissionen über seine bereits im Rahmen seiner eigenen Wirtschaftsplanung eingegangenen Verpflichtungen hinaus erhöht. Die Frage ist, wie andere G20-Länder und wichtige Märkte, in die China und Brasilien eingebunden sind, von dem diplomatischen und wirtschaftlichen Mehrwert ambitionierteren Engagements in diesem Jahrzehnt überzeugt werden können.
- > **Länder, die besonders anfällig sind für die Auswirkungen des Klimawandels, spielten eine ausschlaggebende Rolle bei der Einigung auf den ehrgeizigen Glasgow-Pakt und für die Erwartung, dass bis zur COP27 mehr erreicht werden muss.** Daran lässt sich die Bedeutung der afrikanischen Länder ablesen, deren Spielraum sich im Jahr 2022 mit der COP in Afrika vergrößert. Da Länder wie China und Russland jedoch das Vakuum bei der Unterstützung gefährdeter Länder etwa durch den Zugang zu Impfstoffen oder Kapitalspritzen füllen, wird es für diese Länder weiterhin eine Herausforderung darstellen, gleichzeitig zu wenig ambitionierte Klimaanstrengungen zu thematisieren.
- > **2021 hat sich gezeigt, dass die Nord-Süd-(Süd)-Dynamik umso komplexer wird, je realer die Auswirkungen des Klimawandels werden und je größer der Anteil**



E3G

der Schwellenländer an den Emissionen wird. Es kam zu Spannungen in der Süd-Süd-Zusammenarbeit (z. B. innerhalb der G77+ während der COP26; SIDS/LDCs gingen einen Kompromiss zu Verlusten und Schäden ein, nur damit der Glasgow-Kompromiss für Indien und China in Bezug auf Kohle möglich blieb) und zu immensen Differenzen innerhalb des Globalen Nordens (z. B. in Bezug auf die Bereitstellung eines fairen Anteils an den zugesagten 100 Mrd. Dollar für Klimafinanzierung). Gleichzeitig haben wir sehen positive Formate der Nord-Süd-Kooperation auf Augenhöhe gesehen (z.B. die die Energiepartnerschaft mit Südafrika) und eine führende Rolle der Entwicklungsländer in der Süd-Süd-Kooperation (z. B. die Rolle Bangladeschs bei Verlusten und Schäden). Damit noch bestehende Spannungen in 2022 nicht instrumentalisiert werden, ist eine differenziertere Betrachtung dieser Dynamiken zwingend notwendig.

- > **Klima ist mittlerweile ein eindeutig geopolitisches Thema – mit den Vorteilen, die die Aufmerksamkeit der Staats- und Regierungschefs mit sich bringt, aber auch mit den damit verbundenen Risiken** (z. B. Instrumentalisierung für andere Themen oder „blame-game“-Dynamiken). Gleichzeitig wird das Klima zu einem Faktor im geopolitischen Wettbewerb darum, wer der bessere Verbündete für die Volkswirtschaften mit mittlerem und niedrigem Einkommen ist (wie die starken „grünen“ Elemente in der jüngsten Erklärung des China-Afrika-Forums zeigen). Es besteht die Möglichkeit, einen Wettbewerb bei der Finanzierung grüner, widerstandsfähiger und nachhaltiger Entwicklungspfade anzufachen – solange die Angebote auch tatsächlich umgesetzt werden.

Next Steps 2022: wichtigste Chancen und Risiken

STÄRKEN	SCHWÄCHEN
<ul style="list-style-type: none">• Klima als Kooperationsraum, trotz geopolitischer Spannungen• G20-Konsens über zusätzliche Maßnahmen in den 2020er Jahren• 2021 einigten sich die G7-Staaten und die Mehrheit der G20-Staaten darauf, am 1,5°C-Ziel festzuhalten• Gesteigerte Aufmerksamkeit auf Ebene der Staats- und Regierungschefs für die Mobilisierung von Mitteln in Billionenhöhe, B3W und GG, Abkommen mit Südafrika als Blaupause für Zusammenarbeit	<ul style="list-style-type: none">• Mangelndes Vertrauen erschwerte rechtzeitige und nachhaltige Brückenbildung• Mangelnde Koordination zwischen den USA, EU und UK. Angespannte Beziehungen zwischen UK – EU, die USA bevorzugen bilaterales Vorgehen• Begrenzter Einfluss auf „hard to abate“ Volkswirtschaften• Institutioneller Widerstand gegen koordinierte Finanzierungsangebote und substanzielle MDB/DFI Reformen



E3G

<ul style="list-style-type: none"> • Grundlegender Wandel der Gespräche über Klimaauswirkungen eröffnete Ergebnisse in den Bereichen Verlusten/ Schäden und Anpassung • Konsens über den schrittweisen Abbau aus der Kohleverstromung und die Beendigung der Subventionen für fossile Brennstoffe; neue globale sektorale Partnerschaften 	<ul style="list-style-type: none"> • Unzureichende Bereitstellung der zugesagten 100 Mrd. Dollar und der Anpassungsfinanzierung • Mangelndes Engagement der Industrieländer im Bereich Verluste und Schäden
<p>CHANCEN</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klimapartnerschaften für den Übergang von der Kohle zur sauberen Energie bieten Potenzial für die Nord-Süd-Zusammenarbeit, G7-Infrastrukturinitiative „Build Back Better“ und der EU-Initiative „Global Gateway“ auf der Agenda • Politische Aufmerksamkeit auf hoher Ebene und neue Formate für Fortschritte bei Anpassung sowie bei Schäden und Verlusten • Indonesien hat eine „gerechte Transformation“ fest auf die Agenda der G20 gesetzt • Neuer UNFCCC-Ambitionsprozess • Diplomatische Führungsrolle besonders vulnerablen Ländern • Reformen von IWF Art. 4 bieten Raum für Investitions-Anreize in Resilienz • Potenzielle Verschiebung/Verstärkung der Klimaprioritäten durch nationale Wahlen (Australien, Brasilien, Frankreich) • Globaler Wettlauf um grüne „Angebote“ an Entwicklungsländer 	<p>RISIKEN</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anhaltende gesundheitliche, diplomatische und wirtschaftliche Auswirkungen von COVID-19 • Mangelnde Solidarität in Bezug auf wirtschaftliche Erholung von COVID-19 und Impfstoffe, Gefahr der Instrumentalisierung des Nord-Süd-Gefälles, Zuspitzung der Gas- und der Afrika-Debatte • Wirtschaftliche Herausforderungen, darunter durch Inflation, ungelöste Schuldenprobleme und Energiekrisen • Mangelnde Umsetzung von sektoralen Initiativen und Finanzierungsvereinbarungen, fehlende G7 Unterstützung für die Idee von der COP27 als „Ambitionsmoment“, der Gesetzesentwurf „Build Back Better“ gefährdet US Glaubwürdigkeit • Instrumentalisierung der Debatte über Verluste und Schäden, bringt die COP27 zum Scheitern • Wechselvolles Jahr mit nationalen Wahlen (Australien, Brasilien, Frankreich und US-Zwischenwahlen), zunehmend auf eigene Gewinne bedachte USA angesichts der bevorstehenden Zwischenwahlen • Vorstöße für Klima-Clubs und CO₂-Grenzausgleichsmechanismen (CBAM) verstärken die Exklusivität der Transformation weiter

Zentrale G7-Chancen im Jahr 2022

- **Deutschland könnte die von den G7-Staaten vereinbarte Ausrichtung der sektoralen Pfade auf Klimaneutralität fortsetzen** (d. h. in den Bereichen Kohle, Gas, Verkehr, Forstwirtschaft und Energieeffizienz) und die G7-Länder dabei unterstützen, bis zur COP27 zusätzliche bzw. ambitioniertere sektorale und/oder allgemeine Ziele und deren Umsetzungen vorzulegen.
- Die COP26 hat eine neue politische Dynamik auf hoher Ebene und neue Formate für Fortschritte in den Bereichen Klimaanpassung und Schäden und Verlusten geschaffen. **Deutschland könnte die Synergien zwischen den G7-Minister:innentreffen und dem Petersberger Klimadialog nutzen**, um Investitionen für Anpassung sowie Schäden und Verluste fest auf der Agenda außerhalb des UNFCCC Prozesses zu verankern. Dazu gehört unter anderem, die G7-Minister:innentreffen und Petersberg zu nutzen, um sicherzustellen, dass die G7 bei der UNFCCC Zwischenkonferenz in Bonn kreative wirtschaftliche Lösungen zur Finanzierung von Resilienz vorlegt und Investitionen in Anpassung und Widerstandsfähigkeit auf nationaler Ebene aufeinander abstimmt.
- **Deutschland könnte die politische Dynamik der Länderabkommen nutzen, um eine Ausweitung der Klimapartnerschaften für Übergänge von Kohle zu sauberer Energie zu unterstützen und diese mit realen (technischen und finanziellen) Ressourcen zu untermauern.** Dazu würde gehören, die Südafrika-Partnerschaft umzusetzen, um sie als Pilotansatz zu festigen. Zudem sollte in Plattformen für die Ausweitung und Replikation dieses Abkommens investiert werden – gemäß der G20-Priorität „Just Energy Transition“ und durch potenzielle Umsetzungsplattformen wie die G7-Initiative „Build Back Better“ (B3W) und die EU Global Gateway-Initiative.
- **Deutschland könnte die Dynamik der COP26 nutzen und auf ein stärkeres Engagement aller G7-Staaten bei den Themen Subventionierung fossiler Brennstoffe und internationale Finanzierung fossiler Brennstoffe hinarbeiten.** Das schließt die Vereinbarung klarer Zeitpläne für den Ausstieg und die Verschiebung öffentlicher Mittel in höhere Investitionen in Anpassung und Klimaschutz ein.
- Die wichtigste Aufgabe der G7 besteht darin, eine globale Führungsrolle bei herausfordernden Themen der globalen Wirtschaftspolitik zu übernehmen. **Deutschland könnte auf seiner Führungsrolle der Initiative InsuResilience und der globalen Dynamik im Bereich Resilienz aufbauend ein glaubwürdiges Wirtschaftsreformpaket schnüren**, das die V20 und die afrikanischen Staats- und



E3G

Regierungschefs bei der Bewältigung von COVID-19 und den Auswirkungen des Klimawandels angemessen unterstützt. Die G7 kann der Ort sein, an dem innovative Lösungen zur Schließung von Unterstützungslücken für die am wenigsten entwickelten Länder, die kleinen Inselstaaten und die afrikanischen Länder diskutiert werden – insbesondere in den Bereichen Anpassung sowie Verlusten und Schäden.

Über E3G

E3G ist ein unabhängiger Think Tank in der Klima- und Energiepolitik mit Büros in London, Brüssel, Washington und Berlin. E3G's Ziel ist es, die Welt vor den gravierendsten Auswirkungen des Klimawandels zu bewahren und die globale Transformation gerecht zu gestalten. Schwerpunkte des Berliner Büros sind die deutsche und europäische Klima- und Energiepolitik.

Im Jahr 2018 wurde E3G im weltweiten Global Go To Think Tank Index zum dritten Mal in Folge auf Platz 5 der weltweit einflussreichsten umweltpolitischen Think Tanks geführt.

Weitere Informationen sind unter www.e3g.org zu finden.

Copyright

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 Lizenz. © E3G 2021

Dieses Projekt wird finanziell unterstützt von:

BMU



Der Herausgeber ist für den Inhalt dieser Veröffentlichung verantwortlich.